

Strafrecht und Krise – Zur Einführung

*Anneke Petzsche, Inga Schuchmann, Leonie Steinl und Andreas Werkmeister,
Berlin/Münster*

Die letzten Jahre und Jahrzehnte waren und sind von Krisenerfahrungen geprägt: Finanz- und Eurokrise, die so bezeichnete „Migrationskrise“, Corona-Krise, Klimakrise, Energiekrise, Krise der globalen Friedensordnung, um nur die wesentlichsten aufzuzählen. Die zeitliche Koinzidenz und Überlagerung dieser verschiedenen Krisen bestimmt nicht nur den Alltag, sondern hat auch das Strafrecht herausgefordert. Die genannten Krisen haben (neue) Rechtsprobleme geschaffen und grundsätzliche Fragen (neu) aufgeworfen. Das Strafrecht ist gefordert, seine eigene Rolle im Umgang mit Krisen kritisch zu hinterfragen. Wir haben mit unserem Tagungsthema den Bogen für mögliche Fragestellungen weit gespannt, wofür die Beiträge in diesem Sammelband Beleg sind.

Der Band gliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil werden Grundlagenfragen des Zusammenspiels zwischen Strafrecht und Krise behandelt. Kann Strafrecht als Instrument der Intervention sowie Transformation von Krisen verstanden werden?

Hannah Offerdinger widmet sich im ersten Beitrag der Frage der Intervention und beleuchtet unter dem Titel „Reaktives Strafrecht als Mittel der Krisenintervention“ die Möglichkeiten des Einsatzes strafrechtlicher Normen bei der Begrenzung und Bewältigung von Krisensituationen. Im Anschluss an eine Erläuterung des theoretischen Konzepts des reaktiven Strafrechts befasst sie sich zunächst mit Beispielen aus der gesetzgeberischen Praxis. Sodann folgt eine kritische Betrachtung der Auswirkungen reaktiver Strafrechtsbemühungen auf die Legitimität des Strafrechts insgesamt.

Im Anschluss erörtern Florian Rebmann und Simon Schlicksupp unter der Überschrift „Sozial(norm)transformative Kriminalpolitik? Ideengeschichtliche Perspektiven auf kontemporäre punitive Trends“ das Konzept einer neuen, „sozial(norm)transformativen“ Kriminalpolitik als Reaktion auf von ihnen beschriebene punitive Tendenzen im aktuellen Strafrechtsdiskurs. Zu diesem Zweck analysieren sie zunächst die Entwicklungen straftheoretischer und kriminologischer Diskurse, um diese anschließend

gegenüberzustellen und sodann ihre Relevanz für die Entwicklung der Idee einer „sozial(norm)transformativen“ Kriminalpolitik darzulegen.

Der zweite Teil des Sammelbandes nimmt Fragen des Strafrechts in der Klimakrise in den Blick: Wie kann das Strafrecht die Herausforderungen des Klimawandels abbilden? Welche Möglichkeiten bestehen mit Blick auf die Nahrungsmittelkrise als Effekt der Klimakrise? Und wie reagiert das Strafrecht auf Klimaaktivismus?

Den Auftakt bildet der Beitrag von Nina Schrott zum Thema „Krisensicheres Strafrecht oder sichere Strafrechtskrise? – Strafrechtliche Rechtsanwendung und Gesetzgebung in Zeiten des Klimawandels“. Die Autorin befasst sich mit dem bereits existierenden und in Zukunft erstrebenswerten strafrechtlichen Umgang mit der Klimakrise, sog. Klimastrafrecht. Bei den zukünftigen Möglichkeiten differenziert die Autorin zwischen gesetzgeberischen Optionen und Mitteln der Strafrechtsanwendung. Bei Letzteren wird insbesondere die Möglichkeit einer verfassungskonformen Auslegung bereits existierender Normen mithilfe von Art. 20a GG erörtert.

Jennifer Grafe nimmt im Anschluss das Thema „Nahrungsmittelkrise in der Klimakrise: Strafrechtliche Handlungsoptionen gegen die Verschwendung von Lebensmitteln“ in den Blick. Sie legt dar, welche strafrechtlichen Implikationen sich in Zukunft aus der sich verschärfenden weltweiten Nahrungsmittelkrise ergeben könnten. Während sich der Fokus des diesbezüglichen (straf-)rechtlichen Diskurses bisher überwiegend auf eine mögliche Straffreiheit für das Retten noch essbarer Lebensmittel aus Abfalleimern, das sog. Containern, beschränkt, lenkt die Autorin den Blick auf die Verschwendung von Lebensmitteln als möglichen Anknüpfungspunkt für eine Kriminalisierung.

Schließlich erläutert Tjarda Tiedeken unter der Überschrift „Zur Rechtfertigungsmöglichkeit von Sitzblockaden durch Klimaaktivist*innen“ verschiedene Ansätze für eine Anpassung des strafrechtlichen Umgangs mit klimaaktivistischen Sitzblockaden. In Abgrenzung zu anderen Formen zivilen Ungehorsams diskutiert sie die Besonderheiten dieser Protestart und sich daraus möglicherweise ergebende rechtliche Folgen. Im Fokus ihrer Ausführungen stehen etwaige Privilegierungsregelungen und Anpassungen auf Rechtfertigungsebene.

Im dritten Teil des Sammelbandes werden die Grenzen des Strafrechts in der Krise mit Blick auf die Themen Migration sowie Pandemie ausgelotet.

Franziska Gruber widmet sich im ersten Beitrag dieses Abschnitts den „Grenzerfahrungen: Zwischen Zufluchtsort und Pushback“. Sie hinterfragt die strafrechtliche Reaktion auf Zuwanderungsbewegungen, insbesondere

im Hinblick auf 2015 und die darauffolgenden Jahre, und erkennt dabei einen deutlichen Trend zur Ver(straf)rechtlichung im Asyl- und Aufenthaltsrecht. Die Hintergründe dieser Entwicklung sowie die damit einhergehenden gesellschaftlichen und rechtlichen Folgen bilden den Gegenstand ihrer Ausführungen.

Im zweiten Beitrag mit dem Titel „Strafrecht und Krise in Zeiten der Pandemie: Vergehens- und Verbrechenstatbestände in bundesrätlichen Notverordnungen“ erörtert Linda Bläsi am Beispiel der Corona-Pandemie die Frage der Legitimität von mit Freiheitsstrafen belegten Straftatbeständen in Notverordnungen des Schweizer Bundesrats. Im Anschluss an eine kritische Einordnung des bisherigen Meinungsstands in Rechtsprechung und Lehre blickt die Autorin auf einige ausgewählte Problemfelder im Zusammenhang mit bundesrätlichen Notverordnungen, sowohl im Hinblick auf Zulässigkeitsvoraussetzungen als auch auf das strafrechtliche Bestimmtheitsgebot, und bezieht hierauf aufbauend Stellung zu einem möglichen Einsatz von Notverordnungen in zukünftigen Krisensituationen.

Der vierte und abschließende Teil des Sammelbandes behandelt das Thema Krise und Strafrechtskritik. Hier werden Fragen der feministischen, kriminologischen sowie trans- und posthumanistischen Strafrechtskritik behandelt.

Im ersten Beitrag dieses Abschnittes befasst sich Laura Midey unter dem Titel „Die Gegenwärtigkeit der Notwehr und die Wut, die bleibt: Häusliche Gewalt und eine feministische Kritik des Notwehrrechts“ mit der sog. „Haustyrannen“-Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs. Sie kritisiert zunächst die darin etablierte Ablehnung einer Notwehrlage trotz wiederholt vom späteren Opfer angewandeter häuslicher Gewalt und erkennt hierin eine Reproduktion patriarchaler Denkmuster. Zudem bemängelt sie eine zulasten der Opfer häuslicher Gewalt ausfallende Verteilung der mit der Konfliktlösung einhergehenden Lasten und identifiziert auch hierin ein Abbild patriarchaler Denkweisen. Daran anschließend diskutiert die Autorin eine mögliche Einordnung der den „Haustyrannen“-Fällen zugrunde liegenden Gewaltkonstellationen als unter § 32 StGB fallende dauerhafte Angriffszustände.

Sodann betrachtet Pascale Fett den „Nachwuchs in der Krise – ‚Kriminelle‘ Kinder und Jugendliche“. Angesichts einer in der Gesellschaft zunehmenden Sorge vor vermeintlich ausufernder Kinder- und Jugendkriminalität erläutert sie zunächst die terminologischen und inhaltlichen Unterschiede zwischen Jugendkriminalität und Jugendgewalt, um sodann einen kritischen Blick auf den Einfluss von strafrechtlicher Intervention im Umgang

mit straffälligen Kindern und Jugendlichen sowie auf öffentlich diskutierte Vorschläge zu deren Anpassung zu werfen.

Schließlich setzt sich Felix Butz unter dem Titel „Jenseits des Menschen? Trans- und Posthumanismus als Herausforderung für das (Straf-)Recht“ mit der Frage nach den Implikationen trans- und posthumanistischer Diskurse auf das Strafrecht auseinander. Mit Blick auf diese beiden Theorierichtungen nimmt er, jeweils im Anschluss an eine Erläuterung des in Rede stehenden Konzepts, eine kritische Analyse der sich daraus ergebenden Chancen und Risiken für die Weiterentwicklung des geltenden Strafrechts vor.